

Ich arbeite
nach
Artikel 26!



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Bremerhaven



Informationen des Stadtverbandes **November 2024**

Trister November? Verdienstabrechnung studieren!

Die roten Fahnen der IG Metall schafften es in den vergangenen Tagen bis an die Spitze der politischen Meldungen, trotz nicht unerheblicher „Nachrichtenkonkurrenz“ dies- und jenseits des Atlantiks. Gegenstand der Berichterstattung war die größte Tarifrunde des Jahres. Es ging um die Lohnentwicklung bei vier Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie.

Geeinigt haben sich beide Seiten in der vierten Verhandlungsrunde – nach einigen Warnstreiks, welche von gewerkschaftlicher Seite mit Entschlossenheit geführt wurden, und der dazu gehörenden Empörung bei den Arbeitgebern. Konkret erhalten die Beschäftigten 5,1% Lohnerhöhung in zwei Stufen plus jährlicher Sonderzahlung (macht zusammen: 5,5%) plus Einmalzahlung von 600€. Die Laufzeit der Vereinbarung beträgt 25 Monate.

Dieser Tarifabschluss hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf unsere Beschäftigungsverhältnisse im Öffentlichen Dienst. In unseren Berufen könnte man mithin das Ergebnis zurückgelehnt im Sessel zur

Kenntnis nehmen. Das allerdings sollten wir nicht tun.

Den Kolleg*innen, die aufmerksam ihre jüngste Verdienstabrechnung gelesen haben, mag es so langsam dämmern: Auch bei wiederholtem Vergleich mit den Daten der Vormonate bahnt sich eine Erkenntnis zunehmend Raum: **Es gab mehr Geld!**

Zum besseren Verständnis zitieren wir in Auszügen die amtliche „Mitteilung der Verwaltung“ der Seestadt Bremerhaven, und zwar Nr. 65 / 24 vom 21.10.2024:

„Zum 1. Oktober 2023 steigen die Dienstbezüge um 1,85%. Zum 1. November erfolgt eine Steigerung der Grundgehaltssätze um 200€ und eine Steigerung der weiteren zu dynamisierenden Bezügebestandteile um 4,76%. Für den 1. Februar 2025 ist eine weitere Steigerung der Dienstbezüge um 3,65% vorgesehen. Die Anwärtergrundbeträge steigen zum 1. Oktober 2023 um 1,85%, zum 1. November 2024 um 100€ sowie zum 1. Februar 2025 um weitere 50€. ... Die Änderungen gelten entsprechend für Versorgungsbezüge unter Berücksichtigung des individuellen Ruhegehaltssatzes. Die im Zeitraum Dezember 2023 bis Oktober 2024 geleisteten Inflationsausgleichszahlungen bleiben von den



Anpassungen unberührt. Die Umsetzung der Anpassungen erfolgt mit der Abrechnung der Bezüge für den Monat November 2024.“

Die genannten absoluten Beträge beziehen sich immer auf Vollzeitstellen.

Soweit zur Sachlage.

Und so langsam legen sich hier und da einige Erinnerungen frei. Immer einmal wieder gab es nämlich Aufrufe zu Warnstreiks, von der Gewerkschaft organisierte Fahrten zur Demo nach Bremen, dort ein Treffen auf Kolleg*innen aus der Hansestadt und dem Umland und das Gefühl der Teilnehmenden, nicht nur nicht alleine dem Arbeitgeber gegenüberzustehen, sondern sogar eine gewisse Mächtigkeit tatsächlich erzielen zu können.

Das Ergebnis dieser Kampfmaßnahmen war, siehe oben, ganz gut. Mehr geht jedoch immer, allerdings nicht nur auf dem eigenen Konto, sondern auch auf der Straße.

Mit dem zweiten Teil der eben formulierten Aussage müssen wir einen Gedanken vertiefen, der so mancher Person unangenehm zu sein scheint – oder lässig und von oben herab abgetan wird: Selber mitmachen, um „die Straße“ zu stärken? Ernsthaft? Und auch noch in die Gewerkschaft eintreten?

Die Mitarbeitenden bekommen die Gehaltserhöhung doch sowieso! Ein Gedanke, der einem nicht im Hals, sondern im Kopf steckenbleiben sollte – denn er

offenbart die böse Strategie unserer geschätzten Arbeitgeber.

Schauen wir uns zur Illustration einmal andere Branchen an. Dort ist es Gewerkschaften gelungen, zusätzliche Vorteile ausschließlich für die eigenen Mitglieder in die Tarifverträge hinein zu verhandeln. Warum verteidigen wohl die Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes ihr vermeintlich hehres Verhalten, **allen** Beschäftigten **alle** Bestandteile von Vergütungserhöhungen zukommen zu lassen? Werden etwa Nichtorganisierte „gekauft“, um die Interessenvertretungen der Beschäftigten zu schwächen? Wir denken dagegen: Wer den Lohn- bzw. Gehaltszuwachs erkämpft, sollte auch einen eigenen Bonus erhalten („Sonderzahlung GEW“)!

Denkt ´mal darüber nach: Die Angriffe auch auf unsere Gehälter und im Nachgang auf die Besoldung werden kommen. Berichterstattungen in allen Medien sind voll von Krisenszenarien und ganze Parteien leben von der Destruktion.

Im Jahre 2025 stehen Auseinandersetzungen an um den TvöD. Betroffen sind damit alle kommunal Beschäftigten beim Magistrat, einschließlich des Bereiches „SuE“. Die Tarifrunde bezieht sich also auf alle pädagogischen Fachkräfte außer den Lehrer*innen. Die Verhandlungen werden hart, das zeichnet sich ab. Vielleicht wäre das der richtige Zeitpunkt für die eine oder den anderen, die Fahnen selber in die Hand zu nehmen!